



**Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen  
betreffend Nichteinhaltung Arbeitsgesetz und Burnout-Gefährdung in Schweizer  
Spitälern  
vom 16. Mai 2023**

Die Fraktion Alternative - die Grünen hat am 16. Mai 2023 folgende Interpellation eingereicht:

Eine am 15. Mai 2023 veröffentlichte [repräsentative Befragung](#) des Verbandes Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO) kommt zum Schluss, dass bei fast 70 Prozent der 3'240 Befragten das Arbeitsgesetz in den Spitälern nicht eingehalten wird. Dies, obwohl das Arbeitsgesetz bei Assistenzärzten und Oberärztinnen gesetzlich vergleichsweise auf hohen 50 Arbeitsstunden ausgelegt ist. Ebenfalls zeigen die Resultate, dass die Burnout-Symptome seit der ersten Befragung (2013) stetig steigen und damit auch die Sicherheit der Patientinnen und Patienten gefährdet ist.

Die Kantone tragen in der Schweiz die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung und ihnen fällt gleichzeitig auch die Aufsicht über die Einhaltung der Arbeitsgesetze zu. Die besagte Befragung wurde von verschiedenen Medien thematisiert, unter anderem auch von der [SRF-Newsendung "10vor10"](#). Im Beitrag wird auf eine Kurzbefragung seitens der Redaktion bei den Kantonen verwiesen, wie es mit der Einhaltung des Arbeitsgesetzes aussieht und ob Verstösse bekannt sind. Der Kanton Zug hat gemäß SRF aus Gründen des Datenschutzes nicht geantwortet.

Die Ergebnisse der VSAO-Mitgliederbefragung hinterlassen Spuren und werfen Fragen auf, welche die Fraktion Alternative - die Grünen gerne dem Regierungsrat zur Beantwortung stellt.

1.
  - a) Teilt der Regierungsrat die Besorgnis über die Ergebnisse der repräsentativen Mitgliederbefragung des VSAO?
  - b) Insbesondere hinsichtlich der Nichteinhaltung des Arbeitsgesetzes bei fast 70 Prozent der Befragten und der Zunahme von Burnout-Symptomen bei Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzten?
2. Wie viele Kontrollen hinsichtlich des Arbeitsgesetzes hat der Kanton Zug in den vergangenen vier Jahren (2019–2023) bei Gesundheitseinrichtungen im Kanton Zug durchgeführt?
3.
  - a) Wurden bei diesen Kontrollen Verstöße gegen das Arbeitsgesetz dokumentiert und sanktioniert?
  - b) Wie viele davon betrafen die Assistenzärztinnen und Oberärzte?
4. Wie erklärt sich der Zuger Regierungsrat eine mögliche Diskrepanz zwischen den eigenen Kontrollen und den Ergebnissen der repräsentativen Befragung (Verletzung des Arbeitsgesetzes bei fast 70 Prozent der Befragten)?

5. Im genannten SRF-Beitrag spricht Rolf Curschellas, Direktor Human Resources Management am Universitätsspital Zürich, von einem Pilotversuch mit reduzierter Arbeitszeit und festen Weiterbildungsstunden.
- a) Ist dieses Modell dem Regierungsrat und den Zuger Gesundheitseinrichtungen bekannt?
  - b) Wäre die Einführung eines solchen Modells eine gute Möglichkeit, die Attraktivität der Zuger Spitäler als Arbeitgeber zu steigern?
  - c) Würde es der Kanton Zug begrüßen, wenn die Zuger Spitäler eine entsprechende Umstellung bei ihren Dienstplänen vornehmen würden?
  - d) Wie werden die Dienstpläne in den Zuger Spitälern für die Ärztinnen und Ärzte erstellt?
  - e) Schöpfen diese grundsätzlich das Höchstlimit der gesetzlichen Arbeitszeitvorgaben auch aus, oder haben sie einen Puffer eingebaut?
6. Welche weiteren Maßnahmen plant der Regierungsrat (oder setzt er bereits um), um gemeinsam mit den Gesundheitseinrichtungen zukünftig die Einhaltung des Arbeitsgesetzes zu garantieren?
7. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung kommt es laut der Befragung auch zu Fehlern in der Versorgung der Patientinnen und Patienten. Stimmt der Regierungsrat mit der ALG-Fraktion überein, dass schlechte Arbeitsbedingungen nicht zu Lasten der Gesundheitsversorgung der Zuger Bevölkerung gehen dürfen?

Wir bedanken uns für die Beantwortung der Fragen.